

Chile: Kein Ende des Neoliberalismus, aber auch kein Ende der Geschichte

Johannes Jäger

Die Hoffnungen waren groß. Die Enttäuschung bei vielen noch größer. Eine neue progressive Verfassung sollte auf den Weg gebracht werden. Die radikal liberale Verfassung von 1980 aus der Zeit der Militärdiktatur endlich im Mistkübel der Geschichte landen. Das Ergebnis der Volksabstimmung zum Verfassungsentwurf fiel mit einer Ablehnung von 61,8% jedoch eindeutig aus. So wie in den Umfragen vorhergesehen. Ist das jetzt das Ende des zum Teil erhofften Endes des Neoliberalismus in Chile?

Das Land, in dem als ersten radikal seit Mitte der 1970er eine neoliberale Umgestaltung der Gesellschaft und des Staates vorgenommen worden war, kommt noch immer nicht davon los. Dennoch regt sich weiterhin Widerstand. Viele Menschen wollen die dramatische Ungleichheit und die schwierigen Lebensbedingungen für die große Mehrheit im Kontext neoliberaler Arbeitsbeziehungen und neoliberaler Sozialstaatlichkeit nicht hinnehmen. Die Idee eines anderen, besseren Lebens konnte nicht aus den Köpfen vertrieben werden. Angesichts krisenhafter wirtschaftlicher Entwicklung in den letzten Jahren scheinen neoliberale Versprechungen noch weniger glaubwürdig denn je. Dies zeigt deutlich die Grenzen neoliberaler Ideologie und gibt Anlass zur Hoffnung. Die Entwicklungen in Chile bleiben trotz weitgehend ausbleibender kurzfristiger Erfolge spannend. Im Nachhinein ist man – zumindest der bekannten Weisheit nach – meist klüger. Deshalb fehlt es auch nicht an zahlreichen Erklärungen, warum die Verfassung abgelehnt wurde (bzw. sogar abgelehnt werden musste). Es gibt selbstverständlich multiple Ursachen. Die Geschichte hätte aber – auch wenn das müßig ist – etwa unter einer radikal rechten Regierung von Kast – möglicherweise anders verlaufen können. Die Situation ist und bleibt umkämpft, auch wenn sich vorerst nichts Fundamentales an der neoliberalen Ordnung ändert.

Warum wurde die neue progressive Verfassung tatsächlich abgelehnt?

Das Rechtssystem bildet soziale Verhältnisse ab. Letztere hatten sich jedoch noch nicht ausreichend gewandelt. Die Zeit war noch nicht reif. Der Verfassungsentwurf war der Zeit voraus. Folgende Punkte sind meiner Ansicht nach vordergründig besonders bedeutend:

Erstens war der ganze Prozess durch schlechte Öffentlichkeitsarbeit gekennzeichnet. Die verfassungsgebende Versammlung hatte keine ausreichenden finanziellen Mittel, um ihre Arbeit darzulegen. Damit konnte Propaganda mit der Angst vor Veränderung in einer konservativen individualisierten Gesellschaft gut greifen. Auch half, dass, die radikale Rechte und ihre Prominenten Vertreter wie Kast und Kaiser im Vorfeld der Abstimmung praktisch aus der öffentlichen Diskussion und damit Wahrnehmung verschwunden waren. Damit wurde der Verfassungsentwurf nicht als Maßnahme gegen

eben diese Rechte wahrgenommen. Auch spielten Desinformationskampagnen seitens der Rechten eine wichtige Rolle (Vergara 2022). Nach offiziellen Angaben wurden überdies weit mehr Gelder für die Ablehnungskampagne – insbesondere von Unternehmer:innen – zur Verfügung gestellt (Galvéz/Reyes 2022). In diesem Kontext votierte auch in ärmeren Vierteln meist noch eine Mehrheit gegen die neue Verfassung (Servicio Electoral de Chile 2022). Insbesondere diejenigen „politikfernen“ marginalisierten Gruppen, die normalerweise nicht zur Wahl gehen und aufgrund der mit Strafen verordneten Wahlpflicht zu den Urnen bewegt worden waren, haben sich mit überwältigender Mehrheit gegen den Verfassungsentwurf ausgesprochen und damit auch entscheidend das Ergebnis beeinflusst. Sie waren ein leichtes „Opfer“ für Propaganda und Schauergeschichten nach dem Motto: Indigene müssen sich nicht mehr an chilenische Gesetze halten, Menschen wird ihr eigenes Heim weggenommen, etc. Die Rolle von Massenmedien und vor allem neuer sozialer Medien (wie Whatsapp, Facebook, Instagram, Twitter) scheint von besonderer Bedeutung gewesen zu sein. Die Anfälligkeit für Fake-news ist auch Ausdruck einer nach knapp fünf Jahrzehnten Neoliberalismus nicht überraschenden fehlenden politischen Organisation und entsprechend damit verbundener fehlender Kommunikationskanäle auf der progressiven Seite. Angesichts der sich abzeichnenden Ablehnung der neuen Verfassung beim Referendum und der gegebenen Machtverhältnisse schwankte Boric auch schon bald auf die Linie ein, dass die neue Verfassung nach der Abstimmung jedenfalls an die aktuellen Bedingungen angepasst werden müsste. Damit, so scheint es, hat er jedoch zu einer weiteren Delegitimierung der Verfassung beigetragen und war vom Slogan der Rechten – die neue Verfassung abzulehnen, um die alte zu reformieren – nicht mehr allzu weit entfernt (Grez 2022).

Zweitens spielte auch die inhaltliche Ebene eine Rolle. Es war – wie bei den Protesten – einfacher gegen etwas zu sein als sich auf etwas zu einigen. Wenn ein Aspekt der neuen Verfassung als problematisch erachtet wurde, so sahen sich viele Menschen bewegt, sie aus diesem Grund abzulehnen, auch wenn sie die vielen anderen Aspekte im Verfassungsentwurf positiv bewerteten. Somit wurde von unterschiedlichen Menschen die Verfassung aus vielen verschiedenen Gründen abgelehnt (Grez 2022). Überdies trug der Verfassungsentwurf in vielen Punkten die Perspektiven progressiver, ja quasi „avantgardistischer“ Akteur:innen, wobei Fragen der Diversität sowie Perspektiven der indigenen Gruppen besonders sichtbar wurden. Diese wichtigen identitätspolitischen Themen sind jedoch noch nicht in der breiten Gesellschaft angekommen und sorgten vielfach für Kopfschütteln und Unverständnis. Die inklusive Sprache und Symbolik wurden oft mit einer gewissen Skepsis aufgenommen und teilweise als ein Zeichen der Abgehobenheit des verfassungsgebenden Gremiums interpretiert. Damit hat sich die Tiefe Krise der Repräsentation, die sich in einem allgemeinen Misstrauen gegenüber der traditionellen politischen Klasse ausdrückt, auf eine andere Ebene verschoben. Im Kontext einer neoliberalen Öffentlichkeit und eines neoliberal dominierten Wissenschaftssystems zeigt sich, dass insbesondere an Universitäten klassenbasierte Analysen systematisch an den Rand gedrängt werden bzw. institutionell wenig Raum haben. Formen der Kritik, die mit dem neoliberalen System eher kompatibel sind, sind salonfähiger. Dazu zählen Diskurse, die auf Diversität setzen. Angesichts dieser Strukturen ist es nicht verwunderlich, dass identitätspolitische Aspekte in sozialen Bewegungen und dann auch im Verfassungsentwurf eine wichtige Rolle innehatten und besonders sichtbar waren.

Wie ist das im breiteren Kontext zu sehen?

Die Ablehnung der Verfassung ist nur ein Moment in der Geschichte. Schon im Vorfeld zeigte sich die Schwierigkeit einer progressiven Entwicklung. Am Höhepunkt der Proteste von 2019, am 15. November, war es der heutige Präsident Gabriel Boric, der den Weg für einen Ausweg aus der akuten Krise durch seine Unterzeichnung eines Pakts mit der Rechten zu einer verfassungsgebenden Versammlung frei gemacht hatte. Von vielen wurde er damals als Verräter bezeichnet, der damit der Dynamik der Proteste den Wind aus den Segeln genommen und weitreichendere Veränderungen und einen Rücktritt des damaligen Präsidenten Piñera verhindert hatte. Es war gewissermaßen ein Zufall gewesen, dass Boric dann zum Präsidentschaftskandidaten der Linken geworden war – im Vergleich zu seinem Gegenkandidaten – dem kommunistischen Bürgermeister einer Gemeinde in der Hauptstadt Santiago – schien er dem progressiven Sektor der moderatere und mehrheitsfähigere Kandidat für die Wahl im Dezember 2021. Auch seine Wahl hatte er, wie er sich am Wahlabend dankend gegenüber dem radikal rechtskonservativen Gegenkandidaten Kast äußerte – diesem zu verdanken. Bei den Wahlen war entscheidend gewesen, dass die Mehrheit Kast verhindern wollte. Die Rechte hatte es im Vorfeld nicht geschafft, eine/n moderatere/n Kandidat:in zu positionieren, der/die (wenn das natürlich spekulativ bleiben muss) wohl die Wahl gewonnen hätte. Das zeigt schon, wie offen die politischen Prozesse sind, und wie schwach sich die Grundlagen für linke bzw. progressive Politiken darstellen.

Boric versteht Politik offensichtlich als Kunst des Möglichen. Er setzt dabei auf einen breiten Schulterchluss mit dem Establishment und den beharrenden Kräften. Dies äußert sich beispielsweise darin, dass er, noch bevor er das Amt im Februar 2022 antrat, noch das letzte Gesetz, das sein Vorgänger Piñera auf den Weg brachte, unterstützte: Ein Anstoß zur Reform des Pensionssystems. Dieses sah zwar höhere staatliche Zuschüsse, vor allem für Ärmere und die Mittelschicht vor, rüttelte aber nicht an den Grundfesten des auf privater Ansparung basierten Pensionssystems. Vielmehr wurde dieses einzementiert und damit eine historische Chance zu einer Veränderung des Systems verpasst. Dennoch wurde jüngst ein Vorschlag seitens der Regierung Boric eingebracht, der zwar am privaten Ansparsystem festhält, allerdings zusätzlichen eine bescheidene Umlagekomponente einzuführen plant (Kremerman 2022). Somit versucht Boric, nicht zuletzt vor dem Hintergrund des Drucks sozialer Bewegungen (wie z.B. der Bewegung zur Abschaffung des privatisierten Pensionssystems No+AFP) Veränderungen zu etablieren. Darüber hinaus sind die Vorstöße in der Steuerpolitik, die darauf hinauslaufen, bestehende Steuern besser einzutreiben und teilweise Steuerschlupflöcher zu schließen, positiv zu vermerken. Weiters wurde begonnen, mit zu einem großen Teil sich in ausländischer Hand befindlichen Bergbaukonzernen Gespräche über die Einführung der derzeit praktisch nicht vorhandenen Besteuerung von Royalties zu führen. Es scheint allen Beteiligten klar, dass in der heutigen Zeit der weitgehende staatliche Verzicht auf derartige Einnahmen nicht mehr zeitgemäß ist. Angesichts der hohen fiskalischen Ausgaben seines konservativen Vorgängers und in Anbetracht der um sich greifenden Wirtschaftskrise gibt der Staat heuer allerdings real weniger aus als im Jahr zuvor. Diese Politik ist nicht verwunderlich, hat Boric ja keine Mehrheit im Parlament. In diesem Umfeld war die mit der Wahl von Boric verbundenen Anfangseuphorie innerhalb von ein bis zwei Monaten rasch verflogen. Seine Zustimmungsraten lagen bald

unter 30%. Auch stürzte die chilenische Währung vor dem Hintergrund von erheblichen Kapitalabflüssen, was bei potenziell drohender progressiver Politik ja häufig beobachtbar ist, dramatisch ab. Der Sinn fürs Machbare und das politische Geschick der Regierung Boric zeigt sich jedoch darin, dass sie, wie in der Tageszeitung *La Tercera* (2022) kolportierte – die statuarisch unabhängige Zentralbank unter Druck setzte, um zur Stabilisierung der Währung zu intervenieren. Als Druckmittel wurde die Rute ins Fenster gestellt, dass im Rahmen der neuen Verfassung – die in der ersten Jahreshälfte durchaus noch in Reichweite schien – dann in der Folge auch die Autonomie der Zentralbank beschnitten werden könnte. Auch wenn dies demokratiepolitisch wünschenswert wäre, so wurde hier doch ein Kompromiss eingegangen, der zwar kurzfristig eine weitere Destabilisierung verhinderte, aber natürlich längerfristig die Spielräume für progressive Politik potenziell einschränkte. Trotz aller Rhetorik wurde mit autoritären und repressiven staatlichen Praktiken noch nicht gebrochen, wie es sich beispielsweise im Umgang mit Protesten am 19. Oktober 2022 – dem dritten Jahrestag des Ausbruchs der großen Proteste – zeigte. Am traditionell repressiven Polizeieinsatz gegen Demonstrant:innen hat sich nicht viel geändert (Figueroa 2022, Vergara Mattei 2022).

Warum lässt das Land den Neoliberalismus (noch) nicht hinter sich?

Eine Verfassung macht noch keinen Sommer. Die neue Verfassung – obwohl sehr progressiv und stark im Bereich von Geschlechtergerechtigkeit und Diversität und indigener Rechte – hätte die zentralen Eckpfeiler neoliberaler Politik – das privatisierte Pensionssystem, das weitgehend private Bildungssystem aber auch die neoliberale Wirtschaftsverfassung – nicht unmittelbar angegriffen. Dennoch wären es wohl einfacher geworden, im politischen Prozess mittelfristig progressive Veränderungen umzusetzen. Der Prozess in Richtung Veränderung ist jedoch noch nicht abgeschlossen, sondern wird jedenfalls weiter gehen. Auch soll die bestehende Verfassung zumindest reformiert werden.

Zentral für die fehlende substanzielle Durchsetzung alternativer Politiken ist jedoch auch die unveränderte neoliberal extraktivistische Ausrichtung des Wirtschaftsmodells. Das Modell scheint zwar an die Grenzen gekommen zu sein, ein neues zeichnet sich jedoch noch nicht ab. Chile ist damit in einer tiefen Krise. Auch wenn weithin Unzufriedenheit mit den ökonomischen und sozialen Bedingungen herrscht, so haben sich die Kräfteverhältnisse im Land noch nicht substanziell gewandelt. Die Ablehnung der neuen Verfassung kann auch als Ausdruck der weiteren Dominanz des herrschenden Blocks gesehen werden. Es fehlt eine wirtschaftspolitische Alternative. Auch wenn hier und dort umweltpolitische Aspekte im Verfassungsentwurf angesprochen worden waren – insbesondere die Frage der Privatisierung des Wassers – so fehlte doch eine breitere Perspektive dafür, wie von einem extraktivistischen Wirtschaftsmodell abgegangen werden könnte. Damit bleiben Entwicklungsalternativen unglaubwürdig. Aktuelle Debatten setzen hingegen mit einer gewissen Euphorie vor allem darauf, dass über die aktuellen Extraktionsquellen (Kupfer, Hackschnitzel, Fischmehl) hinaus neue „grüne“ Bereiche weiter erschlossen werden sollten. Diese reichen von der weiteren Extraktion von Lithium bis zu Vorstellungen über die großangelegte Produktion von Wasserstoff aus Solarenergie. An der grundlegenden Wurzel der extraktiven Dynamik – sprich der

privatwirtschaftlichen Ausbeutung der Ressourcen – zeichnet sich keine Veränderung ab. Auch wenn die anvisierte höhere Besteuerung von Bergbauunternehmen positiv hervorzuheben ist, so werden dadurch jedoch die Eckpfeiler des extraktivistischen Modells nicht umgestoßen, sondern weiter einzementiert. Einmal mehr zeigt sich auch am chilenischen Fall, wie schwierig es ist, sich von abhängigen extraktivistischen Entwicklungspfaden zu lösen.

Was würde es für progressive Veränderungen brauchen?

Für ein alternatives Projekt müsste die Frage der Organisation der Produktion sowie der Arbeits- und Lebensverhältnisse ins Zentrum gestellt werden. Die Debatte um das Pensionssystem und die Linderung der massenhaften Altersarmut ist ein erster wichtiger Ansatzpunkt. Auf Basis breiter gesellschaftlicher und politischer Organisation müsste darüber hinaus gegen die herrschenden Kapitalinteressen eine produktive Umgestaltung jenseits des Extraktivismus durchgesetzt werden. Die vorherrschende Diskussion in Chile ist aber immer noch von einem neoliberalen Mindset geprägt, das auch bis weit hinein in progressive Sektoren tief verankert ist. Die Vorstellung von öffentlicher Organisation und öffentlicher Bereitstellung sowie Dekommodifizierung statt marktformiger Organisation fehlt weitgehend, wäre aber ein wichtiger Ansatzpunkt. Der Kampf – wenn auch unter sehr schwierige Bedingungen – geht weiter. Neue Mobilisierungen, der steigende Druck sozialer Bewegungen und eventuell auch bessere politische Organisation sind zu erwarten. Die Geschichte ist noch nicht zu Ende.

Literatur

- Figueroa, Andrés (2022): ¿Qué te pasó Boric? A tres años de la Revuelta la represión continúa. <https://rebellion.org/a-tres-anos-de-la-revuelta-la-represion-continua-que-te-paso-boric/>
- Gálvez, Recaredo/Reyes, Venus (2022): ¿Cuánto y a quiénes financia el gran empresariado en este plebiscito? Fundación SOL. <https://fundacionsol.cl/blog/actualidad-1/post/cuanto-y-a-quienes-financia-el-gran-empresariado-en-este-plebiscito-6855>
- Grez, Sergio (2022): Chile seguirá viviendo una especie de reforma constitucional permanente. <https://rebellion.org/sergio-grez-chile-seguira-viviendo-una-especie-de-reforma-constitucional-permanente/>
- Kremerman, Marco (2022): Fundación SOL explica la reforma del sistema de pensiones del gobierno de Boric. https://www.youtube.com/watch?v=9NjePLJ_7hw&t=2s
- La Tercera (2022): Ministra Vallejo llama al Banco Central a “tomar medidas” por alza del dólar y desata crítica por eventual lesión a la autonomía de la entidad. 7.7.2022 <https://www.latercera.com/earlyaccess/noticia/se-le-siona-la-autonomia-economistas-critican-al-gobierno-por-llamado-al-banco-central-a-tomar-medidas-ante-alza-del-dolar/KPPKVOF32FFETIZWQIK6ZKJQ2E/>
- Servicio Electoral de Chile (2022): Votación Plebiscito Constitucional 2022. https://www.servelecciones.cl/#/votacion/elecciones_constitucion/global/19001
- Vergara Mattei, Cecilia (2022): A 49 años del golpe y la muerte de Allende ¿nada cambió en Chile? <https://estrategia.la/2022/09/12/a-49-anos-del-golpe-y-la-muerte-de-allende-nada-cambio-en-chile/>
- Vergara, Camila (2022): Chile’s Rejection. Sidecar, 9 September 2022 <https://newleftreview.org/sidecar/posts/chiles-rejection>